Monatlich in Stadt und Land :

Cottbuser -blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 1 März 1991 Bitte 80 Pf

In dieser Ausgabe :

- Schriftsteller Jurij Koch über die Zukunft unserer Region
- Golfkrieg - woher kommen die Milliarden?
- Wie marode ist das Gesundheitswesen ?
- Aus dem Parlament : Manche Antwort, aber Fragen bleiben
- Leser machen mit : Texte zur Karikatur gesucht (Seite 8)

Alltag wird teurer - scheibchenweise !

Fünffache Fahrkosten, Energie dreimal explodierende Mieten und wo bleiben die Einkommen?

Mancher Cottbuser, der heute in die Straßenbahn steigt, fragt sich schon nachdenklich: "Kannst du dir das leisten?" Kein Wunder! Sehen wir doch beklommen den noch in diesem Jahr explodierenden Lebenshaltkosten entgegen. Da wächst die Sorge. Und selbst die Stimmen von Politikern, mögen sie nun Stolpe (SPD) oder Biedenkopf (CDU) heißen, die endlich Geld für Länder und Kommunen fordern, werden lauter. Herrn Möllemanns (FDP) größte Sorge allerdings sind die Subventionen. Der Bundeswirtschaftsminister will sie abbauen. "Das widerspricht völlig dem Einigungsvertrag", empört sich PDS-Stadtverordnete Edelfraut Radochla. Der sah schließlich den Subventionsabbau nur in Abhängigkeit von wachsenden Einkommen vor. Und mir kann keiner erzählen, daß kein Geld da ist. Schließlich ist die Bundesregierung auch bereit, 15 Mrd. und mehr für den Golfkrieg auszugeben. Uns aber kredenzt man immer neue Kosten scheibchenweise, damit man es nicht so merkt. Rechnet denn keiner zusammen, was da auf die Familie zukommt ?"

Herz - Blatt macht die Rechnung auf:

Eine Neu-Schmellwitzer Familie mit drei Kindern lebt in einer 4-Raum-Wohnung ohne Balkon . 1050 DM netto verdient der Mann. 800 DM netto die Frau, die sechs Stunden als Küchenhilfe arbeitet. Kindergeld: 400 DM. Die Familie brauchte früher 17 DM Straßenbahngeld. Heute: 48 DM. Die Energiekosten haben sich verdreifacht, betragen heute monatlich 120 DM. Teurer wurden das Telefonieren, die Portogebühren. Steigt die Miete nur auf das Vierfache (manche reden ja schon von 8 DM pro Quadratmeter...), kostet der Kubikmeter Wasser tatsächlich 1.95 DM, kommen volle Preise für Fernwärme, Warmwasser, Müllentsorgung hinzu, zahlt die Familie künftig statt 200 runde 800 Märker im Monat. Knapp gerechnet. Das Familieneinkommen aber wuchs seit 1989 nur um 400 Mark. Auch in westdeutschen Bundesländern betrage die Miete oft ein Viertel des Einkommens, hört man. Ein Viertel wovon ? Von 2000 - oder von 8000 DM? Ein kleiner Unterschied... Der Unmut wächst. Wollen wir wieder nur schweigend hinnehmen?

Montagsdemos leben wieder auf:

17.30 Uhr an der Oberkirche

Wie ich und je : Rüstungskonzerne verdienen, Steuerzahler sollen für Krieg blechen

"Stoppt den Krieg", "Kein Blut für Öl", "Wir haben Angst" lauten die Aufschriften auf den Transparenten der Montagsdemonstration vom 28. Januar gegen das Golfinferno, daß ein Faß ohne Boden zu werden droht. Neues Forum, Grüne Partei, Grüne Liga, Jungsozialistinnen, Vereinigte Linke, Die Nelken, Junge Genossinnen und PDS hatten zur Antikriegsdemo gerufen, und mehrere Hundert waren von der Oberkirche zum Rathaus gezogen, um die Stadtväter zu einer eindeutigen Stellungnahme zum Golfkrieg aufzufordern. Spontan hatten sich Demonstranten aus der Menge zu Wort gemeldet. Ein 85 jähriger Mann, den das Erleben beider Weltkriege zum Kriegsgegner gemacht hat, äußerte seine Sympathie zu den Montagsdemos, die nun wieder wöchentlich 17.30 Uhr an der Oberkirche ihren Ausgangspunkt nehmen. Angesichts beschlossener deutscher Milliardenzahlung und wahrscheinlicher Steuererhöhungen fragte eine Demonstrantin, wieso die kleinen Steuerzahler für etwas berappen sollen, woran Rüstungskonzerne wieder einmal schweres Geld verdiene. Alle Sprecher verurteilten den Diktator und Terroristen Hussein , lehnten aber den immer unberechenbarer werdenden Krieg als Mittel der Politik ab, weil zahllose unschuldige Menschen sterben müssen, weil die ökologische, chemische, atomare und biologische Zeitbombe tickt.

Cottbuser Mieterbund schon ein gefragter Partner

60 zahlende Mitglieder erwarten Zuwachs

Die Hiobsbotschaftschaften in puncto Mieten machen von Mietverhältnissen Abhängige hellhörig. Guter Rat wird teuer, Hilfe in der Not dringlich. Deshalb kamen in letzter Zeit immer mehr Mieter in die Sprechstunden des Mieterbundes Cottbus e. V. Diese finden - vorerst - an jedem Dienstag von 19 bis 20 Uhr im Hausmeisterraum Stadtpromenade 11 statt. Die eine Stunde wird wohl künftig kaum mehr ausreichen... Was ist und was kann der Mieterbund? Das war unsere Frage beim Besuch der Sprechstunde. Der Deutsche Mieterbund e. V. mit Sitz in Köln ist die in der alten Bundesrepublik bewährte Interessenvertretung aller, die zur Miete wohnen oder als Mieter ein Gewerbe betreiben . Mit dem Beitritt der fünf neuen Landesverbände wurde die deutsche Mieterbewegung wesentlich gestärkt. Die Wohnungsprobleme in den neuen Bundesländern und die radikale Umstellung der Rechts- und Finanzordnung erzeugten einen gewaltigen Informations- und Beratungsbedarf. Es ist deshalb zu begrüßen, daß nun auch in Cottbus ein Mieterbund besteht. Zur Zeit gehören ihm ca. 60 zahlende Mitglieder an. Im Lande Brandenburg sind es jetzt 50 000. In Wirklichkeit ist die Mitgliederzahl größer, denn jeder im Haushalt, wenn auch nur einer dem Bund beitritt, gehört dazu und kann die Dienste des Vereins in Anspruch nehmen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aufkleben, Unterschriften sammeln, abschicken!

Mietenexplosion verhindern!

An den Mieterbund
Land Brandenburg e. V.
im Deutschen Mieterbund, Köln
Hegelallee 6 - 10
O-1560 Potsdam

☐ Ich fordere meine Landesregierung auf, im Bundesrat die geplante Mietenexplosion zu stoppen. Ich fordere meine Landesregierung auf, nur solchen Mietererhöhungen zuzustimmen, die im Einklang mit unserer Lohn- und Renten- Entwicklung und unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit stehen.

Name	Anschrift	Unterschrift

Streit um neue Straßennamen:

Blinder Eifer schadet nur

Nach dem Mißlingen des Experiments Sozialismus auf deutschem Boden stehen natürlich auch dessen Zeichen nicht mehr auf der Tagesordnung. So ist's nun mal. Töricht wäre, wer dies nicht wahrhaben wollte. Das betrifft auch Straßennahmen. Es lag ganz gewiß in der Absicht derer, die nach ihrem Tode auf Schilder von Straßen und Plätzen gerieten, sich künftigen Generationen gegenüber selbst zu erhöhen. So waren sie nicht gebaut. Darin unterschieden sie sich übrigens von manchen anderen "Helden", an deren Stelle sie, ohne gefragt worden zu sein, gesetzt wurden. Anständig wäre heutzutage, Antifaschisten - Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Patrioten - auch ohne ihr unbedingtes Verbleiben auf öffentlichen Plätzen weiterhin die Ehre zu erweisen. Zumal sie ja nicht dafür verantwortlich zu machen sind, daß Unwürdige aus ihren eigenen Reihen als machtbesessene Feudalisten ihre eigene Herkunft vergaßen und verrieten. Nicht widerspruchslos hinnehmen darf man deshalb den populistischen Eifer, mit dem jetzt einige gänzlich Unbefugte in einen bisher mit Bedacht und Sachverstand angegangenen Entscheidungsprozeß zur Findung geeigneterer Straßennamen eingreifen. Wobei man nicht davor zurückschreckte, einen Kommunisten, der nach dem Kriege in Ströbitz Bürgermeister war und früh an den Folgen seiner KZ.- Leiden starb, auf übelste Weise zu verleumden. Antikommunismus aber, das "rote Tuch", war und ist ein schlechter Ratgeber. In gewisser Weise ist er sogar - um an ein nach wie vor gültiges Wort des bürgerlichen Humanisten Thomas Mann zu erinnern - töricht.

Ein Wessi an einen Ossi

Aber - was wäre ein Brief nach Cottbus ohne die uns alle bewegende oder betreffende Politik. Es wäre wohl total verfehlt, wenn Du plötzlich die politische "Gesamtwetterlage" in grellem Sonnenlicht sehen und alles, was jetzt so über die Politbühne geht, gutheißen würdest. Das wäre doch schamlose Heuchelei. Solches tun selbst wir im westlichen Teil unserer Republik nicht. Zu vielen Entscheidungen aus dem "Kaspertheater" - sprich Bundestag - könnte man sich die Haare raufen, manchmal sogar vor Zorn kerzengerade nach oben in die Luft sch...! (Verzeihung ob dieses ungesellschaftlichen Ausdrucks, aber auch wir sind nur Menschen !!!). Da wird vor der Wahl gegackert und gezetert, lamentiert und gelabert - und letztendlich liegen in dem gutgepolsterten Nest nur Wind- oder Gipseier. Nun müssen die einen zertrümmert werden - das Übernehmen die Politiker-, mit den Gipseiern muß sich der "Otto Normalverbraucher" beschäftigen, denn diese sind wesentlich härter, ihre Beseitigung ist wesentlich aufwendiger und geht an die Substanz - eben nur an die des kleinen Mannes. Denn dieser ist zu schwach und hat keine Lobby, von deren Seite aus Druck auf die Machenschaften der "Großkopferten" ausgeübt werden könnte. Selbst die sich immer so ins gute bzw. recht Licht setzen wollende SPD ist total von der Rolle. Wenn fünf ihrer Genossen beisammen stehen, haben sie sechs verschiedene Meinungen. Aber ist es ein Wunder? Seit man ihr 1982 den Kopf - sprich Helmut Schmidt abgeschlagen hat, ist noch kein gescheiter nachgewachsen. So bleibt der eins so vermeintliche "rote Drache" saft- und kraftlos, schlägt ab und an mal mit seinem rüden Schwanz um sich, an dem gelegenheitlich mal ein kleiner "Stachel" - sitzt, der nach dem versprechenden Hieb aber sofort wieder stumpf oder gar abgebrochen ist. (Absender und Adressat sind der Redaktion bekannt, der Brief liegt vor).

Cottbuser Mieterbund schon ein gefragter Partner

Fortsetzung von Seite 1

Die Aufnahmegebühr von 10 DM, die man/frau zahlt und die monatlichen 5 DM Beitrag sind die materielle Voraussetzung für eine wirksame Betätigung des Bundes. Von der Erhöhung des Mitgliederbestandes wird abhängen, ob die Cottbuser sich ein Büro und eine bezahlte Schreibkraft werden leisten können. Bisher wird die gesamte Arbeit vom Vorstand und seiner Vorsitzenden, Frau Kerstin Kircheis, ehrenamtlich geleistet.

Das kann auf Dauer so nicht durchgehalten werden. Wer mehr als nur ein helfendes Gespräch will, sondern auch Rechtsschutz sucht, um nicht selbst einen Anwalt nehmen zu müssen, wird sich überlegen, ob es nicht vorteilhaft ist, 3 DM monatlich extra auch hierfür aufzubringen. Die Sprechstunden zeigen, daß es immer mehr Fälle gibt, in denen private Hausbesitzer unzumutbare Forderungen erheben. Aber selbst in Schwierigkeiten steckende Hauswirte erscheinen schon in der Sprechstunde.

Verantwortungsbewußte Leute, die mit ihren Mietern im Guten auskommen wollen. Sie erkundigen sich nach ihren Rechten und Möglichkeiten, und ihnen wurde klar, daß es auch für sie Wege gibt, Härten von sich abzuwenden, ohne diese einfach auf andere abzuwälzen. Auch Interessenausgleich also mit Hilfe des Mieterbundes, einer Institution, die noch von sich reden machen wird.

Kontaktadresse:
K. Kircheis,
Stadtpromenade 11
O-7500 Cottbus,
Telefon: Cottbus 31089

Im Dorf gibt es viel Licht, doch auch viel Schatten

Kolkwitz ist mit seinen nahezu 4000 Seelen eine der größten Gemeinden im Landkreis Cottbus. Bürgermeister Fritz Handrow, im Mai vorigen Jahres bei den ersten Kommunalwahlen nach der Wende in dieses Amt berufen, kann schon auf erste Erfolge zurückblicken. Neue Klein- und mittelständische Betriebe haben sich angesiedelt, auch die Rheingas AG, Elektro- und Baubetriebe. Allkauf hat sich, wenn auch vorerst nur provisorisch, Platz geschaffen und lockt Woche für Woche mehr als 15 000 Kunden an. Ein echter Wettbewerbspartner also zu den Handelsketten der nahen Großstadt. (Vielleicht ist das einer der Hintergründe, warum man der Gemeinde dieses Einkaufs-Center streitig macht?).

Und auch neue Dienstleistungen haben Einzug gehalten, um den Dörflern das Leben leichter zu machen und manchen Stadtgang zu vermeiden. Auch wegen der gestiegenen Nahverkehrstarife. Stolz weckt beim Bürgermeister die Tatsache, daß es der

Prima Gaststätte

Wirt der Gaststätte "Zur Eisenbahn" übernommen hat, für die Warmverpflegung der Schüler und Alten zu sorgen. Billiger als sonstwo im Land. "Darüber freuen wir uns sehr", kommentiert Fritz Handrow diese erfreuliche Tatsache, zumal das Essen auch schmeckt. Ansonsten? Nicht nur der Bürgermeister ist von Sorgen geplagt. Mit den Finanzen beispielsweise. 950 DM pro Kopf betragen die laufenden Kosten. Weit niedriger aber liegen die festen Einnahmen.

Da sind keine großen Sprünge zu machen. Kolkwitz mit seinen Feuchtraumgebieten und Waldstücken zu erhalten, auch als Naherholungszentrum von Cottbus, ist schon wichtig. "Wir haben herrliche Wandergebiete", freut sich der erste Mann der Gemeinde. Naturerhaltung und Pflege, damit auch nach Jahren die Umwelt noch intakt ist, sind aufwendig. Denn auch Straßen und Wege sind zu halten. Ein Bürgermeister hat es eben nicht leicht? Nachdenklich wiegt Fritz Handrow den Kopf."Es wird einem auch nicht immer leicht gemacht", sagt er mit Blick auf die Behörden und auch auf die nahe Stadt mit ihren Forderungen.

Ärgerlich beispielsweise für die gewählte Gemeindevertretung, daß wohl schon vor vielen Wochen eine Flächenbegehung mit zuständigen Mitarbeitern des Umweltamtes stattfand, jedoch seit dieser Zeit eisiges Schweigen herrscht. "Wir bekommen einfach keine Bescheide, keine Protokolle", sagt der Bürgermeister nicht ohne Bitternis. Manchmal habe er das ungute Gefühl, daß sich Angestellte der Ämter über die

"Da müssen wir durch"

gewählte Gemeindevertretung stellen. "Und dabei sind wir stets konsensfähig und kompromißbereit und für jede fachliche Beratung dankbar", bekräftigt er. Ärgerlich eben auch das ganze Brimborium um die Großeinkaufsstätte in der Gemarkung Kolkwitz, die dort bauen möchte, aber so machen Hemmklotz, zum Beispiel von der bezirklichen Raumordnungsbehörde, angehängt bekommt. "Da müssen wir durch, weil noch andere zahlungskräftige Betriebe sich bei uns ansiedeln wollen. Die erst bringen uns für die Zukunft das Geld für die Kommune und sichern Arbeitsplätze. Das ist sehr wichtig für uns. Nicht nur für jetzt, sondern vor allem für die Zukunft".

Hunderte noch ohne Lehrstelle

Nahezu 1100 Cottbuser Schulabgänger befinden sich gegenwärtig auf Jagd nach Ausbildungsplätzen. Nur etwa 100 junge haben bisher einen solchen sicher, wie bereits im Vorjahr werden viele Jugendliche vom Unterrichtsplatz direkt auf die Straße versetzt. Herr Karl Fuhrmann, aus Bochum kommend und bisher Berater am hiesigen Arbeitsamt, sieht als neuer Chef des Amtes auch keinen Ausweg aus dieser Lage. Es gehe jetzt vor allem darum, eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommune und Ausbildungsunternehmen zu entwickeln, um die drohende Jugendarbeitslosigkeit und die Abwanderung gen Westen zu verhindern. Allerdings konnte auch der neue Arbeitsamtleiter nicht verhindern, daß sich sein Vorgänger, Joachim Rietz, früher Stadrat für Jugendfragen, nach dem Westen "absetzte" und dort als Mitarbeiter der Bundeshaushalt für Arbeit eine neue Aufgabe übernimmt. Nach Westtarif versteht sich.

Schon wieder eine neue Wartegemeinschaft?

Die einen warten auf Antwort - die anderen auf ein Schulgesetz

Über eine "aktuelle Stunde" zu Bildungsfragen in unserer Stadt, beantragt von der Fraktion PDS/Linke Liste

Da listete eine Fraktion einfach mal Fragen auf, die Pädagogen unserer Stadt bewegen, und wollte nichts anderes, als Antworten für Schüler, Lehrer und Eltern öffentlich zu machen. Da wird als Fazit den Beteiligten (Schülern, Eltern, Pädagogen) vom Dezementen vorgeworfen, nur auf Anweisung von oben zu warten. Aber auch der Dezement befindet sich ja mit allen Wartenden in einer trauten Gemeinschaft-wartet auf das Schulgesetz. Dennoch gab er manche Antwort, die ohne die "Aktuelle Stunde" sicher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht öffentlich geworden wäre.So weiß nun jeder Bescheid:

- Personalbogenaktion ab zweiter Februarwoche (wer akzeptabel ist für weitere Arbeit, entscheidet eine Kommission: Schulrat, Dezernent, Kirchenvertreter und 2 Abgeordnete)

-Umschulungsangebote werden mit dem Arbeitsamt abgesprochen

- Anerkennung der Abschlüsse sind nicht in Frage gestellt

- Mindestens 8 Klassenräume fehlen

- Reserven liegen in Klassenfrequenzen von durchschnittlich 20,6 Schülern

- Gespaltenes Verhältnis des Dezernenten zur Beamtung von Lehrern.

Ob wohl Herr Stoltenberg das ehemalige Haus der Armee aus seinem Liegenschaftsamt an die Kommune verkauft (er verschenkt es bestimmt nicht?!), um darin ein Freizeitzentrum einzurichten, bleibt abzuwarten. Wünschenswert wäre es!

Das Defizit an Methoden und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Psychologie (Frau Thiemann-Bündnis für Cottbus sprach von Nachholbedarf bei Lehrern und Schülern) sorgte für feinfrostige Meinungsäußerungen unter den Pädagogen.

Herr Zinke (CDU) will - er spricht seit Mai 1990 von nichts anderem - endlich den "SED-Sumpf" an den Schulen, den er in den ehemaligen Stabü-Lehrern personifiziert, trocken legen.

Was bleibt, sind Schüler, Eltern und Pädagogen, die auf dieser Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar genau sehen konnten, wer, wie und wo man für ihre Interessen eintritt. Wir bleiben am Ball, im Interesse der Cottbuser Kinder.

Für viel Aufregung hat am Tag der Stadtverordnetenversammlung und danach die öffentliche Meinungsäußerung der Schüler vor und in dem Tagungsgebäude gesorgt. Da haben wohl die demokratisch gewählten Schülerräte gezeigt, daß auch sie das Volk sind. Wir distanzieren uns aber von Einzelfällen, wo die Teilnahme von Schülern an dieser Beratung reglementiert wurde. An vielen Schulen aber fand für diejenigen, die nicht an der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen wollten, Unterricht statt.

Soweit für heute aus dem Stadtparlament.

Ihr Parlamentsreporter Felix

Schüler traten für ihre eigenen Interessen ein

❤-blatt im Gespräch mit Abgeordneten

Heute mit Frau OMR Dr. Sigrid Zobries, Kinderärztin und PDS-Stadtverordnete im Cottbuser Parlament

Sie sind Kenner der Szene im Gesundheitswesen. Wie marod ist es denn nun wirklich?

In unserem Gesundheitswesen sieht es gegenwärtig sehr schlimm aus. Sehr schlimm deshalb, weil nur Halbwahrheiten verkündet werden. Ein Gemisch von Wahrheit und Lüge. Wahr ist beispielsweise, daß die alten Polikliniken nicht wirtschaftlich gearbeitet haben. Trotz hohem Personalaufwand gab es oft keine effektive Arbeitsorganisation. Und auch die technische Ausstattung war häufig ungenügend. Das bedeutet aber doch nicht, daß Polikliniken prinzipiell nicht effektiv arbeiten können. Niemand unternahm auch nur den Versuch, die genannten Probleme zu lösen. Nicht einmal eine reale Chance dazu gab es.

Also gibt es auch positive Seiten?

Gewiß doch. Beispielsweise ist es doch gut, wenn Ärzte verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach praktizieren und die Patienten komplex behandeln können. Wenn das unter wirtschaftlichen Aspekten organisiert wird, gereicht das auch der Kommune zu Ehren. Namhafte Ärzte des Marburger Bundes befürworten solche komplexen Behandlungsstätten, und erfolgreich wird das kommunale Poliklinikysystem im Hamburg und dem ehemaligen Westberlin praktiziert.

Warum müssen also dann bei uns solche Einrichtungen sterben?

Es gibt einfach kein Geld. Oder zu wenig oder das Geld kommt viel zu spät von den Kassen. Und damit übt man psychischen und finanziellen Druck auf die Ärtzte und Schwestern aus. Um weiter existieren zu können, sind die Ärzte gezwungen, sich frei niederzulassen. Also genau das,was verlangt wird, um das Gesundheitswesen der alten DDR an das der Alt-BRD anzupassen. Der Trend geht dahin. Ambulanzen und Polikliniken nach und nach zu liquidieren.

Und Sie persönlich?

Ich habe die Zusicherung, bis zum Jahresende im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst arbeiten zu dürfen. Dann bin ich fast 50 Jahre alt und habe 26 Jahre im GSW gearbeitet. In meinen Sprechstunden kann ich zwar die Kinder untersuchen, Schwestern und Eltern Ratschläge vermitteln, aber Rezepte ausstellen oder Überweisungen vornehmen kann ich nicht mehr. Das geht nicht gegen die Ärztin Zobries, sondern entspricht einzig und allein der Tatsache, daß ein Arzt im öffentlichen Dienst nicht praktizieren darf. Meine Perspektive also ist Arzt in freier Niederlassung.

Für Sie gelesen

Günter Schabowski:
Das Politbüro
(Rowohlt Verlag)

Zumindest aus zwei Gründen ist das 200seitige Buch lesenswert. In der ohnehin abgeschotteten DDR war das Politbüro nicht nur durch die Mauer um die Wohnsiedlung Wandlitz hermetisch abgeschlossen. Was sich bei den Sitzungen der zwei Dutzend Mächtigen tatsächlich abspielte, davon drang kaum etwas nach außen. Nun äußert sich jemand aus diesem mystischen Kreis selbst darüber. Das ist der erste Grund, der Interesse an diesem Buch weckt.

Zum anderen gehört Günter Schabowski wohl zu den wenigen Politbüro-Mitgliedern, die nicht jegliche Verbindung zur Außenwelt verloren, die sich heute nicht mit Selbstmitleid begnügen. Während beispielsweise Agitationschef Joachim Herrmann seine erbärmliche Rolle bei der Knebelung der DDR-Presse nach der Wende zu verharmlosen suchte, sagt Schabowski in diesem Buch: "Natürlich bedrückt am meisten, daß ich ein verantwortlicher Vertreter eines Systems war, unter dem Menschen gelitten haben, daß Repressalien gegen einzelne Menschen gerichtet waren, die wegen ihrer oppositionellen Haltung verfolgt wurden."

Jeder wird sich seine eigene Meinung bilden, aber nach der Lektüre neigt man sicherlich nicht zu dem Eindruck, Schabowski übe sich ein weiteres Mal in Opportunismus und streue auf nützliche Art nun Asche auf das ohnehin gescholtene Haupt. Er versucht mit seiner Vergangenheit wohl eher subjektiv ehrlich abzurechnen. Das kann helfen, nimmt aber niemanden, der in dieses Buch schaut, eigene Überlegungen ab.

(Günter Schabowskis Buch wurde von Wolf Reh für das "Herzblatt" rezensiert)

Wenn Sie diese beiden Karikaturen (aus ND) betrachten - welche Ereignisse aus dem Cottbuser Alltag fallen Ihnen dazu ein, welche Gedanken gehen Ihnen durch den Kopf? Schreiben Sie's auf und schicken Sie's an "Herzblatt", PDS-Fraktion, Parzellenstraße 94, O-7500 Cottbus

Neu-Deutsch
Eine kleine Wörterkunde

Heute: andenken

"andenken"- wird meist in der Vergangenheitsform "angedacht" gebraucht. Wahrheitsfanatiker behaupten, daß auch vor der Wende in Funktionskreisen schon häufig "angedacht" wurde. Gehört aber nachgewiesener Maßen zum Lieblingswortschatz eines ostdeutschen Nachwendepolitikers, der inzwischen eine auskömmliche Anstellung in Bonn gefunden hat. "Angedacht" wurde keinesfalls vom christlichen Begriff "Andacht" abgeleitet, bedeutet eher Gegenteiliges. Meist wird nur kurz angedacht und das Ergebnis als Endprodukt vorgestellt. Folgenschwerstes Beispiel dafür ist der Einigungsvertrag (Stichwörter: Pharmakrise, Mietfestlegungen u.v.m.), an dem besagter Politiker in führender Position "angedacht" hatte. In dieser Verbindung wäre eine Wortverwandschaft mit dem Begriff "Andenken" im Sinne von Erinnerung möglich.

Banken und Bänke

Bänke in der Spree - beliebt seit eh und je: bei einkaufsmüden Käufern oder noch unschuldigen Kaufwilligen. Von der Bank aufs Einkaufstreiben gucken seit neustem aber immer mehr Nichtkäufer, weil nicht kaufen könnend: Arbeitslose, Senioren, Vorruheständler, O-Kurzarbeiter... Wie beliebt bei denen die Banken werden, die künftig in der Schloßkirchengegend das Bild der Spree mitprägen sollen, bleibt allerdings abzuwarten. Wo Banken sind, sind auch Investoren, meinten jedenfalls die Stadtverordneten und sagten z. B. der Berliner Bank AG einen Platz an der Sonne zu. Bleibt zu hoffen, daß dann auch die mit den schmalen Geldbeuteln, die vor den Banken auf den Bänken sitzen, etwas weniger knapp bei Kasse sind.

Auch nächsten Monat Herzblatt lesen...

· weil unsere Zeitung ungeschminkt über Demokratie und Alltagssorgen in unserer Stadt und ihrer Umgebung berichten will,
· weil man wissen muß, was geschieht, damit man sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen kann

Liebe Mitleser, werden Sie zu Mitschreibern am Cottbuser Herzblatt! Schicken Sie Ihre Fragen, Eindrücke, Erlebnisse, Überlegungen zu Demokratie und Alltagssorgen an untengenannte Adresse!

Zitiert

Ein müder Reflex

Friedrich der Große an den Minister Graf Finkenstein (12.8.1759): "Vor Jahrtausenden mag der Krieg ein Mittel der Verteidigung, der Eroberung oder der Herrschaftssicherung gewesen sein, heute ist er nur noch ein müder Reflex auf unsere Ohnmacht... Ihr wißt so gut wie ich, daß der Krieg keine Lösung ist, daß im Krieg nur der gemeine Mord durch das Leichentuch des Rechts verdeckt wird. Wir Zivilisierten können wohl scheinbar unsere Seelen nur dadurch im Gleichgewicht halten, indem wir die Welt zugrunderichten." (Aus: ND vom 13.2.91) Das klingt, als habe der preußische König Herrn Bush und seinesgleichen tief ins Herz geblickt...

Wissen schützt nicht

Klaus Gysi, im SED-Staat viele Jahrzehnte in verantwortlichen Positionen der Kultur-, Außen und Kirchenpolitik tätig, in einem Gespräch: "Jede Macht korrumpiert. Zu dieser Überzeugung habe ich lange gebraucht. Es ist Unsinn, zu glauben, man könne sich davon freimachen, weil man es weiß." (Aus "Der Morgen" vom 9./10.2.91)

Großartige Gaben

Die Schriftstellerin Gisela Steineckert, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes, in einem Interview: "Es gibt unter den neuen Politikern, die aus der alten DDR kommen, solche aus der zweiten Reihe, die die Natur dafür auch vorgesehen hatte. Aber Sie gebärden sich jetzt so, als hätte eine unheimliche Gewalt sie daran gehindert, ihre überdurchschnittlichen Gaben anzuwenden. Bei ihrem sehr schnellen Senkrechtstart bemerke ich, so großartig sind die Gaben nicht. Mir scheint es unpassend, angesichts der existentiellen Sorgen so vieler Menschen in der ehemaligen DDR das eigene Modebewußtsein schneller zu kultivieren als das Verantwortungsbewußtsein". (Aus der LR vom 7.2. 91) Na, da kann doch nur eine gemeint sein...

Behütetes Geheimnis

"Warum gerade die neuen Länder finanziell schlechter ausgestattet werden, ist ohnehin gut behütetes Geheimnis der Architekten des Jahrhundert-Vertragswerkes. Vielleicht gibt der heutige Bundesverkehrsminister Krause darüber Auskunft, der einst DDR-Finanzminister Romberg heftig der Mitmacherei berichtigte, als der sich dieser Klausel widersetzte. Hätte das Krause damals auch getan, säße er allerdings heute bestimmt nicht auf dem Ministersessel und seinem mehr als auskömmlichen Salär". -Inzwischen fast eine Binsenweisheit! (Aus LR vom 2.2.91)

Herausgeber: Fraktion der PDS der Stadtverordnetenversammlung Cottbus, V.i.S.d.P.: Dieter Sperling, Petersilienstraße 1, O-7500 Cottbus